

Correspondent

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Er scheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXIX.

Leipzig, Freitag den 9. Oktober 1891.

Nr. 118.

Verhandlungen der Tariskommission für Deutschlands Buchdrucker im Buchhändlerhause zu Leipzig.

Erste Sitzung vom 6. Oktober 1891.

Beginn kurz nach 9 Uhr.

Der Prinzipalvorsitzende der Kommission, Herr Klinckhardt, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß er sich über den Vorsitz mit dem Gehilfenvorsitzenden in der Art geeinigt habe, daß die Leitung der ersten Sitzung ihm zufällt und im fernern der Vorsitz in jeder Sitzung zwischen ihm und dem Gehilfenvorsitzenden wechselt. Vorsitzender weist in seinem einleitenden Worten auf die vorliegenden so überaus wichtigen Anträge hin und bittet, dieselben in ruhiger und sachlicher Weise zu besprechen, damit beide Teile sagen können, sie haben gethan was sie thun konnten, um das Band der Tarisgemeinschaft im Gewerbe zu erhalten. In der Hoffnung, daß die Verhandlungen in friedlicher Weise verlaufen werden, begrüßt der Vorsitzende die erschienenen Vertreter.

Die Anwesenheit der Herren Döblin und Eister als Vertreter des Vorstandes des U. B. D. B., des Redakteurs Gash als Berichterstatter des Corr., der Herren Eichler- und Schoeps-Leipzig als gehilfenseitige Schriftführer wird gestattet, von Prinzipalseite sind dafür außer den Vertretern zugegen die Herren Kamm-Leipzig als Vorsitzender des Tarisausschusses des D. B. B., Redakteur Wiener als Berichterstatter der Zeitschrift f. D. B. und der Geschäftsführer des D. B. B. Herr Dr. Paul Schmidt als Protokollant. Auf Anregung des Herrn Maeter-Berlin wird den Herren Döblin einer- und Kamm andererseits die Teilnahme an der Debatte zugestimmt.

Als Vertreter sind anwesend: I. Kreis, P.-B. Herr G. Maeter, G.-B. Herr H. Wested-Berlin; II. Kreis, P.-B. Herr W. Friedrich, G.-B. Herr P. Schliebs-Breslau; III. Kreis, P.-B. Herr G. Horstmann, G.-B. Herr H. Finkeiner-Franfurt a. M.; IV. Kreis, einen P.-B. besitzt dieser Kreis nicht, G.-B. Herr Fr. Pirsch-Halle; V. Kreis, P.-B. Herr E. v. Döhren, G.-B. Herr A. Demuth-Hamburg; VI. Kreis, P.-B. Herr G. Jakob, G.-B. Herr Gg. Klapproth-Hannover; VII. Kreis, P.-B. Herr H. Knittel, G.-B. Herr Joh. Fahrenkopf-Karlsruhe; VIII. Kreis, einen P.-B. besitzt dieser Kreis nicht, G.-B. Herr Fr. Schröder-Köln; IX. Kreis, P.-B. Herr Dr. Klinckhardt, G.-B. Herr Otto Niedel-Leipzig; X. Kreis, P.-B. Herr H. Kuzner jr., G.-B. Herr A. Kiefer-München; XI. Kreis, P.-B. Herr A. Pasenow, G.-B. Herr G. Roth-Stettin; XII. Kreis, P.-B. Herr Karl Hammer, G.-B. Herr J. Wend-Stuttgart.

Es wird in dem ersten Punkt der Tagesordnung eingetreten: Berichterstatter über die Tarifverhältnisse in den einzelnen Kreisen. Ein jeder der Herren Gehilfenvertreter erhält hierbei zuerst das Wort, um teils unter Zugrundelegung statistischen Materials, über die Fortschritte in den Tarifverhältnissen berichten zu können; dieses Ergebnis wird fast allgemein dem günstigen Eindrucke der seinerzeit in Aussicht stehenden Stettiner Resolution zugeschrieben. Die Herren Prinzipalvertreter befüßigen meist diese Referate, ohne denselben viel hinzuzusetzen. Von den hierbei zur Sprache gebrachten, nicht bereits in irgend einer andern Weise im Corr. mitgeteilt gewesenem Vorkommnissen u. dgl. sei folgendes erwähnt.

Aus dem I. Kreise berichtet Herr Wested über den seitens der Berliner Gehilfenschaft am 15. April 1890 ausgeübten Druck auf die vorhandenen Nichttarifdruckerereien, welchem letztere vielfach nachgeben und den Tarif anerkennen mußten. Die Nichttarifgeschäfte besitzen nach wie vor auch die meisten Lehrlinge. Herr Maeter kann zufällig zu Westeds Statistik auch eine Besserung der Verhältnisse zwischen Prinzipalen und

Gehilfen konstatieren, was besonders der Thätigkeit des Schiedsgerichts zuzuschreiben sei. Redner wünscht, die Mitglieder des Berliner Gehilfenvereins möchten sich bei tariflichen Differenzen nicht gleich an den Vorstand ihres Vereins, sondern an das Schiedsgericht wenden. Dieses dürfe nicht übergangen werden. Er selbst als Prinzipalvertreter hätte bei der Mitte April vorigen Jahres stattgefundenen Tarisdurchführung ebenfalls befragt werden müssen; die Art des damaligen Vorgehens moniert Redner, wogegen Herr Wested das Verhalten der Berliner Gehilfenschaft erklärt und als angemessen vertritt.

Aus dem II. Kreise kann ein Rückgang der Tarifwidrigkeit verzeichnet werden und das selbst in Posen. Der Herr Prinzipalvertreter beschwert sich über die schweren Konturrenzverhältnisse in Breslau. Ein andrer P.-B. fragt an, ob den Vertretern des II. Kreises bekannt sei, daß die Firma Schmädde in Lissa ihre sechs Lehrlinge von morgens 4 bis abends 10 Uhr beschäftige und daß die Lehrlinge sieben Stunden ohne Unterbrechung resp. ohne eine Maßzeit arbeiten müssen? Dies wird als möglich bezeichnet und dabei das Falllassen der Stettiner Resolution berührt, indem hierdurch die Handhabe, solchen Mißständen entgegen zu treten, fortfällt.

Die Vertreter des III. Kreises melden ebenfalls Erfreuliches.

Vom IV. Kreise, von dem nicht minder hervorgehoben wird, daß er durch eine kräftige Agitation vorwärts gebracht wurde, ist das Fehlen eines Prinzipalvertreters Gegenstand der Klage. Ferner wird dem tarifwidrigen Gebahren der Firma Schweslke in Halle Erwähnung gethan. In Ermangelung des Kreisvertreters übernimmt Herr Klinckhardt die Prinzipalentscheidung über den IV. Kreis, den er als ein Stiefkind bezeichnet. Eine passende Persönlichkeit für das Amt eines Prinzipalvertreters zu finden sei schwer im vierten Kreise, doch werde er wie bisher die Sache eifrig im Auge behalten.

Vom V. Kreise ist zu berichten, daß die Tarifverhältnisse im Vororte Hamburg sehr gute, in den dazu gehörigen Orten leidliche sind.

Herr Klapproth widmet bei der Berichterstatterung über den VI. Kreis der verlassenen Stettiner Resolution Worte des Angebens. Sie habe die Tarifgegner in Harnisch gejagt und er könnte heute sicher über die besten Verhältnisse berichten, wenn die Prinzipalität die Resolution aufrecht erhalten hätte. In dem Kreise VI mangle es in mehreren namhaften Geschäften bedeutend an der Einhaltung der Lehrlingsstala sowie auch an tarifmäßiger Bezahlung der Ausgelernten, in letzter Hinsicht sei selbst bei der Firma Gebr. Jäncke, König & Ebbardt usw. nicht nach Tarif gehandelt. Einige Schwierigkeiten machte die Normierung des Gehilfengeldes gelegentlich der letzten Lokalzuschlagsberhöhung, deshalb wünscht Redner, daß die Tariskommission gleich festsetze, wie viel das Minimum eines jeden Ortes betrage. — Der Herr P.-B. spricht seine Verwunderung über die tarifwidrige Bezahlung der Ausgelernten bei Gebr. Jäncke aus.

Im VII. Kreise (Südwest) werden die Verhältnisse gehilfenseitig als einigermaßen günstig geschilbert. — Herr Kitzel, der P.-B., führt jedoch Klage über die unleihtliche Konturrenz in Karlsruhe, die fast jeden Gewinn unmöglich mache.

Aus dem VIII. Kreise (Rheinland-Westfalen) ist nichts besonders günstiges zu berichten. Es werde nicht besser werden, meint Herr Schröder, solange er allein stehe als Vertreter des Kreises. — Herr Klinckhardt nimmt anstatt des fehlenden Vertreters das Wort und bemerkt, daß dieser Kreis nicht wie der vierte als Stiefkind, sondern als Schmerzenskind gelten könne. Obwohl die Herren Prinzipale Rheinland-Westfalens in Straßburg die Statutenänderung des D. B. B. in ihrem Sinne durchsetzten, war es doch

nicht zu erreichen, dieselben zu veranlassen, daß sie sich der dem deutschen Buchdruckgewerbe gemeinsamen Tariffache anschließen. Redner hegt immerhin noch einige Hoffnung hierfür. Auch im VIII. Kreise sei eine geeignete Person für das Vertreteramt der Prinzipale nicht zu finden gewesen.

Herr Nidel glaubt den IX. Kreis (Sachsen-Altenburg) in seiner Gesamtheit als den günstigsten gestellten bezeichnen zu können. Eine Eingabe an die Stadtverordneten in Leipzig, um den noch vorhandenen wenigen Nichttarifdruckerereien daselbst den Boden zu entziehen durch Abschneidung der behördlichen Arbeiten, sei in den Papierkorb gewandert. In Dresden seien die Tarifverhältnisse musterhaft geordnet, höchstens etwa 20—30 Gehilfen arbeiteten dort unter Tarif. In Chemnitz lägen die Verhältnisse etwas ungünstiger. Referent führt Beschwerde über das Leipziger Schiedsgericht. Fälle, wie der am heutigen Tag in der Druckerei von Hesse & Becker vorgekommene, seien charakteristisch. Die Maschinenmeister dieser Firma weigerten sich am vergangenen Tage (5. Oktober), wegen des in Leipzig stattfindenden Begrüßungskonmerzes der Gehilfenvertreter, Ueberstunden zu arbeiten und wurden am heutigen Tage samt dem Maschinenpersonal ausgeperrt. Es ginge doch sehr weit, wenn man den Gehilfen die Gelegenheit nehmen wolle, mit den aus ganz Deutschland eingetroffenen Vertretern einige Stunden zusammen zu verweilen. — Der P.-B. Herr Klinckhardt spricht seine Freude über die geordneten Verhältnisse im Kreis aus; den Prinzipalen gebühre an diesem Erfolg auch ein Teil, besonders sei durch die Leipziger Fachschule, welche nur den Lehrlingen der Tarifdruckerereien zugänglich, auf manchen Prinzipal günstig für den Tarif eingewirkt worden. Der Verein Leipziger Buchdruckerbesitzer übermittelte dem Räte der Stadt Leipzig jährlich Aktien der Tarifdruckererei; deshalb wäre die Eingabe der Gehilfen wohl überflüssig gewesen. Die Geschäftsordnung der Firma Hesse & Becker ordne an, daß Ueberstunden, welche 24 Stunden vorher angekündigt werden, gemacht werden müssen. Er glaube, daß diese Bestimmung seitens der Firma eingehalten worden, daher die Weigerung der Gehilfen unberechtigt gewesen sei. — Herr Nidel überläßt das Urteil über die Handlungsweise des erwähnten Geschäfts dem Gesühle der Kommission.

Aus dem X. Kreise (Bayern) kann berichtet werden, daß in den größeren Städten der Tarif eingeführt, in einer Anzahl minder großer Orte, wo die Mitglieder des U. B. fehlen, sehr ungünstig aus. — P.-B. Herr Kuzner er macht in seinem kurzen Zusätze zu dem Berichte des Gehilfenvertreters den Gehilfenvertretern im Münchener Schiedsgerichte den Vorwurf der Parteilichkeit. Durch Herrn Nidel er sucht, den schweren Vorwurf näher zu begründen, gibt Herr Kuzner einen in seinem Geschäft vorgekommenen Streitfall (Verunglückung eines Sachbrettes) an, in welchem die Gehilfenvertreter zwar erklärten, daß der Prinzipal Recht habe, aber dennoch gegen denselben stimmten. Es wird festgestellt, daß letzteres aus Billigkeitsgründen geschah. Auf den Vorhalt, daß der von Herrn Kuzner gegebene Vorwurf denn doch zu weit gegangen sei und schlimmsten Falles von einem Fehler der Gehilfenvertreter im Münchener Schiedsgerichte gesprochen werden könne, nimmt Herr Kuzner den Ausdruck der Parteilichkeit zurück.

Die Vertreter des XI. und XII. Kreises können die Verhältnisse in den Vororten als gute bezeichnen, außerhalb desselben bliebe dagegen vieles zu wünschen übrig. — Herr Hammer, P.-B. für den XII. Kreis (Württemberg), rügt das Eindringen der Zeitung Schwab. Tagwacht in Stuttgart in die internen Angelegenheiten der Buchdrucker. Er hoffe, daß dies auf die Gehilfenschaft einflußlos bleiben und das langjährige gute Verhältnis zwischen Prinzipalen und

Gehilfen Stuttgarts nicht darunter leiden werde. Redner hebt bedauernd hervor, daß alle nicht komplizierten Arbeiten immer mehr in die Provinzorte gehen. — Der G.-B. Herr Arend verwahrt sich, zu den Veranlassern des Verhaltens der Tagewacht zu gehören. Herr Hammer erklärt, dies auch nicht gemeint zu haben.

Hierauf resumiert der Vorsitzende die Berichterstattung dahin, daß sie überall eine nicht unerhebliche Besserung gezeigt habe.

Herr Raeter montiert hierauf einen in der bereits vorliegenden Mitteilungsnummer des Corr. enthaltenen Druckfehler (s. u.). Derselbe befindet sich in dem Artikel „An das lesende Publikum“ und gibt das Minimum des Gehilfengeldes für Berlin auf 22,63 M. an, während dasselbe 25,63 M. beträgt. Da der Artikel darauf berechnet sei, in das große Publikum zu gelangen, so schiebt Redner, daß die Berliner Prinzipale hierin eine tendenziöse Entstellung erblicken werden. Daß letzteres nicht der Fall, wird auf durch den Mund des Herrn Döblin gestellten Antrag des Corr.-Vertreters, das Manuskript einzusehen, erwiesen. Die Herren Prinzipalvertreter geben sich damit zufrieden.

Es findet dann von 1—3 Uhr die Mittagspause statt.

Zweite Sitzung. Beginn nachmittags 3 Uhr.

Vorsitz: G.-B. Kiedel.

Das Haus tritt bei Punkt II in eine Generaldebatte über die Anträge zum Tarif ein.

Da die Gehilfenanträge am weitgehendsten seien, wünscht Herr Klinkhardt, daß dieselben seitens der Gehilfenvertreter motiviert werden und nach jedem Gehilfenredner ein Prinzipalvertreter zum Worte kommt. Dem wird zugestimmt.

Das Wort erhält zuerst G.-B. Arend. Derselbe geht nach kurzem Streifen des § 2, betr. Sachpreise, auf § 31, der von der Arbeitszeit handelt, über. Durch die Ueberzahl von arbeitslosen Gehilfen würden die Klassen des U. B. ungeheurer in Mitleidenschaft gezogen. Davon, daß zu wenig Arbeitslose vorhanden sind, um die Abkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, könne gar keine Rede sein, übrigens wäre es kein Unglück, wenn nach so langer Arbeitslosigkeit einmal ein gewisser Mangel an Gehilfen einträte. Die Prinzipalität wisse, welche Anstrengungen die Gehilfen gemacht haben, um die Forderung bei eventuell hier erfolgender Ablehnung dennoch durchzusetzen. Die Gehilfen seien nicht kriegslustig, jedoch sie hätten sich gerüstet, um den arbeitslosen Kollegen gegenüber auf alle Fälle ihre Pflicht zu erfüllen.

P.-B. Klinkhardt hat aus den Berichten wahrgenommen, daß die Verhältnisse sich überall gebessert haben. Es sei dies ein Beweis, daß die Durchführung des Tarifs auf friedliche Weise ihren Fortgang nehme. Daher solle man versuchen, den Tarif, wie er jetzt besteht, zur vollen Durchführung zu bringen. Mit Annahme der Erhöhungen, wie sie die Gehilfenanträge darstellen, würden die Ertragschaften einen Stoß erleiden und die weitere Einführung geschwächt werden. Die Geschäftslage des laufenden und vergangenen Jahres sei schlecht zu nennen, augenblicklich sei sie eine bebenlich retrograde. Habe die Gehilfenforderung auch einen humanen Zweck, so dürfe man die Geschäftslage doch nicht außer Acht lassen. Die erhöhten Lebensmittelpreise, welche Redner bezüglich des Getreides zugeben will, hätten ihren Grund in politischen Verhältnissen; die Preise seien künstlich geschraubt und würden demnächst wieder zurückgehen. So gut die Prinzipale aufgefordert werden, die Lage der Gehilfen zu berücksichtigen, müßten auch die Gehilfen die Lage der Prinzipale in Rücksicht ziehen. Die Prinzipale befinden sich in einer schlimmen Lage. Redner verleihe einen an den D. B. B. gerichteten wie auch dem Vorstand des U. B. zugegangenen Brief des Deutschen Verlegervereins. Darin wird vor einer Verteuerung der Druckpreise gewarnt, indem die Verleger solche nicht erwidern könnten. Nicht ein Streit, sondern die Bewilligung der Gehilfenforderungen würde für sie einen Notstand bringen. Die Verleger würden im Fall eines Streiks Werte zurückstellen und die Prinzipale in Kampf unterliegen usw. (Der Brief ist von Herrn Voigtländer-Kreuznach mit unterzeichnet.) Herr Klinkhardt bemerkt, daß dies die Meinung der Auftraggeber der Prinzipale sei, diese sei von Bedeutung. Wollten die Prinzipale die Gehilfenanträge erfüllen, so würde ein Teil derjenigen Arbeiten, die jetzt in die Provinz gehen, überhaupt nicht mehr in Arbeit gegeben, alle übrigen glatten Arbeiten gingen ganz in die Provinz. Die Druckereien der Großstädte besäßen nur Kunst- und Spezialarbeiten. Den Gehilfen könnte es nicht gleichgültig sein, daß die Tarifdruckereien der Großstädte die Beche begahnen sollen. Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe sei im Verhältnis zu anderen Gewerben nicht groß. Man solle die Lehrpläne erst voll in Wirkung treten lassen, sie werde dafür sorgen, daß die Räume nicht in den Himmel wachsen. Es würde für das Gewerbe gegenbringend sein, wenn in keiner Position des Tarifs nach

oben hin gerüttelt und der Tarif weiter zur Durchführung gebracht würde. Sollten sich die Lebensverhältnisse noch verschlechtern, so wären die Prinzipale nicht die Letzten, welche Lohnmehrforderungen herbeischießen.

G.-B. Rappröth wundert sich, wie die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit jetzt einen solchen Sturm hervorrufen konnte. Schon 1886 hätte sich die Kommission damit beschäftigt und ganz bestimmt 1889. Sie sei zuletzt im Austausch für die Stettiner Resolution zurückgestellt worden. Die in Angriff genommene Durchführung dieser Resolution hätte allgemeine Freude im Gehilfenlager hervorgerufen, da man hoffte, der Lehrplanzüchtere damit bezu kommen. Aber in Straßburg kam der kalte Wasserstrahl, die Prinzipale ließen die Resolution im Stiche. Die Gehilfen griffen insoweit dessen auf die Verkürzung der Arbeitszeit zurück, um ihre Arbeitslosen unterzubringen. Sie müßten die Anträge stellen, nachdem die schönen Reden ohne demgemäße Taten blieben.

P.-B. Raeter erwartet eine bessere Begründung. Die von Herrn Arend angeführten hohen Unterstufungskosten des U. B. B. würden auch durch den § 2 bedingt, sie seien übrigens zurückgegangen insoweit des Lehrplanzparagrafen und würden es noch mehr. Nur in den Großstädten würden durch den Druck der Gehilfenchaft die Gehilfenforderungen Annahme finden und dann würden die Großstädte einen kolossalen Zugang von Arbeitskräften erhalten und der Arbeitslosenstand bliebe derselbe wie zuvor. Von Friedensstiehe seien auch die Prinzipale befecht. Wenn sich die Gehilfen rüsten, sei es selbstverständlich, daß die Prinzipale geeignete Maßnahmen treffen. Sie haben das gleiche Recht und man könne dies nicht als provokatorisch bezeichnen. Wenn man sage, die Prinzipale hätten Geld genug für jeden Gehilfen, wie in Berlin, pro Woche 50 Pf. zu zahlen, ja Konventionstrafen bis 10000 M. unter sich festzusetzen, um damit gegen die Gehilfenforderungen zu arbeiten, so geschehe das zum eignen Schutze und es wäre noch die Frage, ob die 10000 M. zur Auszahlung kommen. Die Gehilfen sollen, wie er gehört habe, einen Streifonds von 1 Million angesammelt haben, deshalb haben sie kein Recht, die Maßnahmen der Prinzipale zu kritisieren, sofern sie dem Tarife nicht zuwider sind. Das Alter einer Forderung gebe derselben noch keine Berechtigung; im parlamentarischen Leben stehe die Erfüllung mancher ein Menschenalter lang aufgestellter Forderungen heute noch aus.

Herr Döblin glaubt, daß die große Anzahl Konditionsklöser sowie die gesundheitslichen Verhältnisse der Gehilfen Gründe zwingender Art für die Verkürzung der Arbeitszeit seien. Gerade die Arbeitslosigkeit sei in letzter Zeit ins Ungeheure gewachsen. Mein in Berlin befinden sich jeden Sommer 300 konditionsklöser Vereinsmitglieder, 1000 seien auf der Reise. Konkurrenzverhältnisse sollen die Gehilfenforderung nicht zulassen, heiße es. Darin denke die Gehilfenchaft etwas radikal; sie sage, daß Geschäfte, welche auf Kosten der Gehilfen konkurrieren wollen, keine Existenzberechtigung besitzen. Die Prinzipale haben zu wenig getan, um die Konkurrenz zu beseitigen. Es solle doch der Betrag der Mehrforderungen der Gehilfen, wie es 1889 seitens der Berliner Prinzipale durch eine Bekanntmachung an die Kunden geschah, den Auftraggebern aufgelegt werden. Die grassierende Lungenwindpud in der Gehilfenchaft sei zahlenmäßig zu beweisen. Selbst wenn die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe geringer wäre als in anderen, so sei es doch natürlich, daß die Buchdruckergehilfen, die sich eine Organisation geschaffen haben, um die Mispstände zu beseitigen, derselben möglichst abzuhelfen suchten. Gingen sie jetzt nicht daran, dann wünsche ihnen die Arbeitslosigkeit über den Kopf. Herr Klinkhardt habe ausgerechnet, daß erst 4300 Arbeitslose vorhanden sein müßten, ehe die neunstündige Arbeitszeit durchführbar sei. Herr Eugen Richter dagegen sage, die Arbeiter dürften nur Forderungen aufstellen wenn kein großes Angebot an Arbeitskräften existiere. Beide Herren kommen zu entgegengesetzten Schlüssen, die Gründe müßten eben herhalten. Die Arbeitslosigkeit habe bereits zur Verarmung zahlreicher Familien geführt, die Gehilfen seien nicht mehr im stande fortgesetzt die Ausgaben für Unterhaltungen zu tragen. Der U. B. habe bereits den gegenwärtigen Notstand anerkannt, indem er die Unterstufung um 25 Pf. pro Tag erhöhte. Herr Klinkhardt sage, die Feuerung sei vorübergehend, doch sei sie nichtsdestoweniger für die Gehilfen jetzt schon sehr spürbar. Wir sollen die Maßnahmen der Prinzipale nicht kritisieren! Nun, wenn die Prinzipale U. B. oder Kräfte suchen, die sich ihnen zur Verfügung stellen, so haben wir nichts dagegen, jedoch wenn man ganze Personale mahregelt, so geht das über das erlaubte Maß hinaus. Die Gehilfen treiben nichts heimlich. Sie müßten sich rüsten, weil man ihnen freiwillig nichts gibt. Ihm scheine es, als wenn die Prinzipalität die Stärke des Gewerbes unterschätze; demselben festhe jede internationale Konkurrenz. Die Gehilfen wünschten nicht, daß es den Prinzipalen schlecht gehe. Unrichtig sei die Annahme, daß die Gehilfenchaft sofort mit dem Verlangen einer

weiteren Verkürzung kommen werde, wenn man ihr diesmal nachgibt. Ebenso falsch sei die Ausrechnung, nach welcher die Gehilfenanträge eine 45prozentige Erhöhung bedingen; ausschließlich der Lokalzulage betrage sie nur 10 Prozent. Die Berliner Prinzipale verbreiten ebenfalls mit Unrecht die Angabe einer 30prozentigen Erhöhung. Selbstverständlich erscheine es ihm, wenn die Buchhändler ob dieser ihnen vorgetragenen unrichtigen Prozenterhöhungen in Aufregung geraten. 150 Gemahregelte hätten die Prinzipale dem U. B. wegen der jetzigen Tarifbewegung schon aufgeladen, da sei die Krüge, mit welcher die Gehilfenorganisation die Tarifberatungen abgewartet habe, doch bewundernswert. Redner verleihe ihm soeben zugegangene Gehilfenliste der Firmen Drugulin und Pries in Leipzig, Schwering in Berlin, sowie einen Vertrag, den die Stuttgarter Prinzipale jenen Gehilfen vorlegen, die während eines Streiks daselbst arbeiten wollen. Dieselben müssen nach dem Betrag eine von ihnen innegehabte Stellung aufgeben und nach Stuttgart gehen, um die dortigen Prinzipale herauszureißen. Es wäre gut, wenn die Herren Prinzipale viele der auf diese und ähnliche Art engagierten Gehilfen aufs Verluskonto setzten. Von Prinzipalsseite würde besonders die würdige Art der Agitation innerhalb der Berliner Gehilfen anerkannt. Wie dies jedoch bescheinigt werde, kann Redner gleichgültig mitteilen. Den Personalien wird die Alternative gestellt, mit ihren Kollegen sich nicht abzugeben, ferner zirkuliert ein famoser Fragebogen des „Lotalauschusses“ bezüglich eines event. Streiks, den vielleicht Herr Raeter kenne. (Dieser gibt das zu mit den Worten: er wisse alles!) Sie sehen, wir arbeiten in dieser Beziehung immer harmonisch zusammen, da wir alle Ihre Kundgebungen immer gleich bekommen. Herr Raeter meine, wir besäßen eine Million für unsere Bewegung, ich kann ihn dahin berichtigen, daß wir mit mehr aufwarten können. Der Gehilfenchaft ist es ernst mit ihrer Sache. Sie kann nicht abgehen davon, denn jeder einzelne empfindet das Arbeitslosenelend am eignen Leibe; ginge die Gehilfenchaft ab von ihrer Forderung, so würden selbst die Herren Prinzipale in ein Gelächter ausbrechen. Uebrigens sei ja auch die Sezessionsfrage im amtlichen Prinzipalsorgan angekündigt worden und da wäre wohl, bevor diese wieder neue Scharen Arbeitsloser schaffe, die Unterbringung der zur Zeit vorhandenen von nöten. Wenn Herr Raeter das parlamentarische Leben, z. B. die freisinnige Partei anziehe, welche ihre Wünsche in einem Menschenalter nicht durchgesetzt habe, so liege die Sache so, daß, wenn die freisinnige Partei die Macht und Kraft hätte, dies zu erreichen, sie es auch thäte. Die Gehilfenchaft sei überzeugt von ihrer Kraft und richte danach ihre Forderungen ein.

P.-B. Klinkhardt, auf seine Vernehmung der Arbeitslosen zurückkommend, bemerkt, daß der U. B. D. B. die Zahl seiner arbeitslosen Mitglieder auf 47,5 Proz. angebe. Möge die von ihm herausgerechnete Zahl von 4300 Arbeitslosen, die zu einer Abkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde gehören sollen, auch etwas zu hoch gegriffen sein, so gehören doch mindestens 3500 dazu. Die Folge von fehlenden Arbeitskräften bestände in einer Vermehrung der Ueberstunden. In Berlin müßte sich die der Konditionsklöserstand im Verhältnis zur Einwohnerzahl hoch bessern. Könnten sich die Gehilfen nicht um die Existenzunfähigkeit der Prinzipale kümmern, so dürften andererseits die Gehilfen die Prinzipale nicht für die unsfähigen Gehilfen verantwortlich machen. Unter den Konditionsklösern sei aber ein erheblicher Teil von solchen vorhanden, die nichts gelernt haben. Warum läßt man den unsfähigen Leuten eine Unterstufung zukommen? Stellt sich die Gehilfenorganisation auf den humanen Standpunkt, gut, so soll sie die Prinzipale nicht dafür engagieren. Die auf 45 Prozent angegebene Verteuerung der Druckpreise sei richtig, allerdings kämen diese 45 Prozent nicht sämtlich auf das Konto der Gehilfen. Redner muß zwar Herrn Döblin für den Rat, welchen er den Prinzipalen zu teil werden ließ, insofern als sie so viele Nichtwerbhaber, wie sie brauchen, nicht finden werden, danken, zugleich aber versichern, daß sich die Prinzipale schon zu helfen wissen werden. Ihn habe die Mitteilung von der den Gehilfen zur Verfügung stehenden Million interessiert und werde er dieselbe an geeigneter Stelle der Beratungen verwerten. Gegenüber den der Prinzipalität gemachten Vorhaltungen wegen ihrer Maßnahmen sei ein von der Leipziger Gehilfenchaft ausgehendes Zirkular beifolgt, die Einladung der Eltern und Vormünder der Leipziger Lehrlinge zu einer am heutigen Abend von ihnen abzuhaltenen Versammlung zu erwählen. Die Mittel der Prinzipale reichen noch lange nicht an die der Gehilfen.

G.-B. Westek: Herr Raeter sagt, er habe noch keine Gründe gehört — dann hätten wir Sie ja ganz unnütz beschäftigt. Wenn man Gründe nicht anerkennen will, so hat man keine gehört. Redner will noch einige Gründe anführen. Zunächst meint er, daß die Gehilfen es nicht anders erwartet haben, als daß die Buchhändler den Prinzipalen beifpringen werden. Menschensfindet sei es, für die in der bleigehängerten Luft arbeitenden Gehilfen die Arbeitszeit zu verkürzen, besonders

wenn so viele arbeitslos spazieren gehen. Derselbe zieht die statistische Arbeit des Herrn Dr. Albrecht über die Berliner Diätkrankenliste der Buchdrucker an. Danach seien in 33 Jahren 1309 Mitglieder gestorben, von ihnen 798 an Krankheiten der Respirationorgane. Neben den konditionslos ausgeführten Mitgliedern des U. B. seien auch die Kranken zu zählen, denn die Krankenkasse fungiere heute mehr als Arbeitslosen-kasse. An der etwaigen Unbrauchbarkeit der Arbeitslosen trügen doch die Gehilfen keine Schuld! Wie kommt es, daß die Herren Prinzipale diese unbrauchbaren Elemente jetzt wie die Stednadeln suchen? Bei der vorigen Tarifrevision seien es bauliche Gründe gewesen, die die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zuließen, jetzt werden wieder andere Einwendungen gemacht. Die Tarifgemeinschaft solle die Gehilfen besser stellen und nicht nur dazu da sein, die Gehilfen der großen Städte niederzuhalten. Ohne die Tarifgemeinschaft könnten die Gehilfen der Großstädte ganz andere Forderungen durchsetzen, doch sie bringen im Interesse der Allgemeinheit Opfer. Die Maßnahmen der Prinzipale seien ja gut, besonders wenn man sich gegenseitig die Arbeitskräfte abspenstig mache. Bei uns steht einer für den anderen, um die Arbeitslosen unterzubringen, darum die Aussicht für den Sieg. Unser Streben liegt auch im Interesse der Familie; ist der Ernährer fort, so sind es die Gehilfen, welche die Familie unterstützen. Die Herren Prinzipale sollten sich die Gehilfen zum Beispiele nehmen. Doch Gründe, selbst wenn wir mit Einzelungen redeten, könnten sie nicht überzeugen. Nur das eiserne Muß kann es thun.

P. B. Raeter bemerkt, er sei Gründen gegenüber nicht taub, habe die vorgebrachten auch gehört, finde dieselben aber nicht für maßgebend. Der U. B. könnte an den Ausgaben des § 2 viel erfahren, warum erhöhe er denn damit die Arbeitslosigkeit? Er sehe die Arbeitslosigkeit gleichfalls als Uebelstand an. Die Sechsmaschine habe ihm bisher nur ein Ächeln entlockt, sie komme vorläufig wohl nicht in Betracht. Redner ist bereit auf einen Weg einzugehen, der den Arbeitslosen helfen kann und zwar meint er einen Appell an die Opferfreudigkeit der Prinzipale zur Errichtung eines Unterstützungsfonds. Diesen Plan habe auch sein Kollege Aschelm in Berlin lebhaft befürwortet. Die Annahme der Gehilfenforderung würde statt des einen Rheinland-Westfalen zehn solcher zeitigen. Er wie sein Kollege Herr Hammer habe in der Prinzipalbesprechung für eine Verhinderung der Gehilfenforderungen bewogen. Die Gehilfenvertreter möchten sich die Folgen, die ein resultatloses Auseinandergehen mit sich bringt, überlegen. Ein bedeutender Teil Volkswohlstand werde auf beiden Seiten vernichtet.

Herr Döblitz bemerkt auf die Äußerungen der Herren Klinkhardt und Raeter, daß, wenn man sich über die Haltung der Gehilfen den Kopf zerbrechen, man auch darüber, was die Prinzipale thun, sprechen dürfe.

Herr Kamm unterbreitet in langer Rede den Anwesenenden seine Ansicht über die Gehilfenanträge, dieselbe deckt sich mit den Anschauungen seiner prinzipalfeindlichen Vorredner.

G. B. Riedel tritt der Behauptung entgegen, daß die Provinz den Großstädten alle Arbeiten fortnehme; dort wäre man nicht darauf eingerichtet in 8 Tagen ein großes Werk herzustellen. Die dem U. B. zugeschriebene Arbeitslosenzahl von 4 1/2 Proz. sei unrichtig, da viele Arbeitslose unkontrollierbar sind. Auf Bauten, in Maschinenfabriken usw. arbeiten Buchdrucker, weil sie im eignen Gewerbe keine Stellung finden konnten. Redner kritisiert die Lehrlingsausnutzung. Das Zirkular an die Eltern und Vormünder der Leipziger Lehrlinge sei berechtigt, man werde die ersteren warnen, sie an andere Geschäfte zu verleiern, wie es die Streikorganisation der Prinzipale beabsichtigt. Die Lehrlinge ständen den Gehilfen näher als den Prinzipalen, wenn sie 4 Jahre ausgebeutet sind dann fallen sie den Gehilfen zur Last. Mit dem im Falle der Arbeitszeitverkürzung angebotenen Zugewinn nach den Großstädten würden die Gehilfen schon fertig werden. Die Prinzipale zögen ja im Augenblicke so viel wie nur möglich Gehilfen nach den Großstädten, was die Gehilfen allerdings wenig grüme, denn die Zugewinne melden sich sofort zum U. B. und dies wäre in ihrer Heimat nicht der Fall gewesen. Aus dem Dresdener Gautagsberichte verliest Redner eine Reihe sämtlich in jungen Jahren an Lungenerkrankheiten gestorbenen Kollegen. Die Konditionslosigkeit gesche durch die Lehrlingskala nicht zurück. Erst zu vergangenen Ostern seien wieder mehr denn genug Lehrlinge eingestellt worden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gestellt und angenommen; die eingeschriebenen Redner kommen noch zu Wort.

P. B. Klinkhardt: Die Prinzipale betreiben heute ihre Geschäfte oft aus Liebe zum Werse, die Heraus-schraubung der Löhne läßt ihnen fast keinen Gewinn. Die „Karossen“ stammen gewöhnlich aus anderen Verhältnissen. Nicht nur gezwungen gehen die Prinzipale

an Verbesserungen für den Gehilfenstand, sondern freiwillig sind Arbeitslokale gesunderhaltiger eingerichtet worden usw. Die Lohnerhöhungen können nicht proportional auf die Druckpreise geschlagen werden, die Prinzipale laborieren oft jahrelang daran, ehe sie den alten Gewinn erzielen. Es sei ja bedauerlich wenn ein Gehilfe den Beruf verändern müsse, doch eine Schande sei es nicht, wenn er nach langer Arbeitslosigkeit sich andre Arbeit suche. Ganz außer Acht gelassen hätte man, welche Last den Prinzipalen durch die sozialpolitische Gesetzgebung aufgelegt werde; die Ausgaben hierfür könne man den Kunden nicht berechnen. Auch die künftig in Kraft tretende neue Gewerbeordnung bringe Beschränkungen. Da sei es schwer, den Tarif zu zahlen. Mit Annahme der Gehilfenforderungen würden viele Geschäfte zu Grunde gehen. Die Gehilfen sollten also einsichtig sein und mit den Prinzipalen Frieden halten.

G. B. Kiefer: Die Anträge der Gehilfen sind in dem natürlichen Recht einer Besserstellung begründet. Wir wollen die Abkürzung der Arbeitszeit auch für uns selbst, um eine Stunde Sonnenschein des Tages zu erhalten. Wissenschaft und Erfahrung sprechen für die Gehilfen. Unser Gewerbe entwickelt sich zur Großproduktion, den meisten Gehilfen bleibt nichts anderes übrig als stets als Gehilfe zu arbeiten bis zur Grube. Die Meinung, kein Gewerbe könne ohne Ruin die Arbeitszeit abkürzen, sei durch die Thatsachen in anderen Ländern, wie England, wo die Buchdrucker neun Stunden arbeiten, Amerika, wo sie nur acht Stunden arbeiten, widerlegt. Die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung treffen auch die Gehilfen; die Arbeitgeber genießen übrigens für ihre Opfer vom Staat auch einen größeren Schutz. Die Prinzipale sind für unsere Gründe unzugänglich, weil die Angelegenheit für sie eine Nachtfrage ist.

P. B. Hammer kommt auf den seitens der Stuttgarter Prinzipale in Anwendung gebrachten Vortrag zurück. Die Agitation der Gehilfen habe denselben erforderlich gemacht.

P. B. Raeter glaubt aus der bekannten Schrift des Prof. Mataja Gründe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit herleiten zu können. In Rücksicht auf den Vertagungsantrag bittet derselbe die Gehilfenvertreter die Sache nochmals zu beschlafen und morgen die Verhandlungen fortzusetzen.

G. B. Wested erwidert, daß ein „Beschlafen“ seitens der Gehilfen nicht mehr nötig sei. Die Frage habe ihnen schon manche schlaflose Nacht bereitet. (P. B. Raeter: Uns auch!) Wir wissen was auf dem Spiele steht. Und wenn die Prinzipale ihre Existenz gefährdet glauben, so ist die Existenzfrage für die Gehilfen nicht minder ernst. Aus der Matajischen Broschüre lassen sich eine größere Anzahl Stellen für uns nachweisen. Bringen wir keine Konditionslosen mit unseiner Forderung unter, so fällt damit für die Prinzipalität doch der Grund fort, gegen dieselbe zu sein. Mindestens haben wir dann unsere Gesundheit sicher gestellt — die verbesserten Arbeitslokale sind nämlich sehr selten. Die Gewerbe mit langer Arbeitszeit stehen am schlechtesten da. Wir haben Verpflichtungen gegen die Arbeitslosen wie gegen uns selbst. Versuchen Sie es einmal mit uns! Nicht die Gehilfen tragen Schuld an der ungenügenden Ausbildung, sondern die Prinzipale, welche die Verpflichtung für die Lehrlinge übernehmen. Eltern trauen letzteren ihre Söhne an und schließlich wird denselben gesagt, daß die Söhne nur Stümper geworden seien. Die Prinzipale allein haben aufzukommen für die eignen Sünden. Daß Sie sich gegen die „Karossen“ sträuben, ist zwecklos, dieselben sind vorhanden, wenn auch nicht bei jedem Prinzipal; wenn der Gehilfe fährt, so ist es mit dem Reichtum. Einen ausgezeichneten Grund, auf unserer Forderung zu beharren, hat uns Herr Raeter geliefert, als er sagte, wenn er Gehilfe wäre, würde er es gerade so machen, wie wir. Nun, wir werden uns danach richten.

Hierauf wurde die Generaldebatte sowie die Sitzung um 1/2, 8 Uhr geschlossen.

Dritte Sitzung am 7. Oktober.

Vorsitz: P. B. Klinkhardt.

Beginn 9 1/2 Uhr vormittags.

Herr Klinkhardt teilt vor Eintritt in die Tagesordnung zur Charakterisierung des Falles Hesse & Becker mit, daß die Firma 48 Stunden vor den zu leistenden Ueberstunden dieselben angeordnet und zwar ehe dieselbe etwas von dem Kommerse wußte. Das Personal habe sich auf den Vorsitzenden der örtlichen Tarifkommission berufen, der die Ueberstunden zu verweigern Auftrag gegeben habe. Das Personal habe, anstatt an den Chef mit einer Vorstellung heranzutreten, die Erklärung abgegeben, daß es außer der ordentlichen Arbeitszeit die Arbeit verweigere.

Herr Riedel kündigt weiteres Material zu dem Fall an.

Nun wird in die Spezialberatung der Tarifanträge eingetreten.

Prinzipalantrag zu § 1 wird ohne Debatte zurückgestellt (bei der zweiten Abstimmung einstimmig abgelehnt).

Zu § 2, Satzpreise, erklärt G. B. Wested, daß die Gründe für die hierzu gestellten Gehilfenanträge bereits gestern angeführt worden seien, es sei nur noch zu bemerken, daß die Gehilfen keine Lohnerhöhung anstreben, sondern nur die Deckung des Lohnausfalls, der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entsteht. P. B. Hammer batte Lustzug, vermittelnd eingzugreifen, muß aber nach Anhörung der Prinzipalgründe die Arbeitszeitverkürzung und deshalb auch die zu § 2 gestellten Anträge ablehnen.

Abstimmung: Gegen die 12 1/2 prozentige Satzpreiserhöhung stimmen alle Prinzipale und 3 Gehilfen (abgelehnt); gegen 4 Pfg. Erhöhung 10 Prinzipale und 2 Gehilfen, 6 Gehilfen dafür (abgelehnt); Gehilfenantrag des Kreises I wird mit Stimmgleichheit zurückgestellt.

Im weiteren Verlaufe wird die große Zahl der von den Prinzipalen eingereichten Anträge vielfach ohne jedwede Diskussion und nur gegen die Stimmen einzelner Prinzipale abgelehnt, andere werden zurückgestellt zur zweiten Lesung.

Abgelehnt (häufig einstimmig) wird auf diese Art der Antrag zu § 2 Abs. 3 (in zweiter Abst.), zu § 4 (in zwei Teilen), zu § 6 Abs. 5, zu § 7 Abs. 1, do. Abs. 2, zu § 8, do. Abs. 4, zu § 9, zu § 10 Abs. 1, do. Abs. 2, zu § 12, ebenso der neue Absatz hierzu, zu § 13, zu § 14 (in zwei Teilen), zu § 15, zu § 17, zu § 18, ebenso der neu beantragte Absatz dazu, zu § 19 (erster Teil), do. zu Abs. 4, zu § 20 (in vier Abstimmungen), zu § 21 Abs. 1, do. Abs. 2, zu § 23, ebenso der neue Absatz hierzu und zu Absatz 6, zu § 25, do. der neue Absatz hierzu, do. Absatz 2, zu § 27, zu § 30. Zurückgezogen werden Anträge zu § 2 Abs. 2, 5. Zurückgestellt mit Stimmgleichheit werden Anträge zu § 6 Abs. 1 und 2 (bei zweiter Abst. wiederum Stimmgleichheit). Angenommen wird zu § 19 Abs. 1 folgender Zusatz (Umbrachen): „Kommen jedoch in einem Werke zwei Hauptströme vor, von denen jeder Seher aus irgend welcher Veranlassung nur eine dieser Schriften lesen soll, so ist doch bei zwei Sehern voller Umbruch zu zahlen.“

Eine mehr oder minder größere Aussprache wurde in der Spezialdiskussion nur beliebt über die Anträge zu § 2, Abs. 2, wissenschaftlichen Satz betr., § 6, gemischten Satz betr. (in einzelnen Worten oder Sätzen zerstreut), Abs. 5, wonach Münz-, Maß- und dergleichen Zeichen nicht als Maßzahl gelten, § 8, einfacher Tabellenatz, § 23, neuer Absatz und § 30.

Bei § 2, betr. die Erhöhung der Grundpreise um 2 Pf. bei häufig vorkommenden Spezialabdrücken in wissenschaftlichem-Satz bemerkt P. B. Friedrich, daß diese Bestimmung von der Stettiner Beratung herühre und zu vielen Streitigkeiten geführt habe. Eine Kommentierung sei schwer und sei er dafür, daß dergleichen Entschädigungen in § 22, der vom schlechten Manuskript handelt, proportional normiert werden. P. B. Hammer hat die Aufnahme dieser Bestimmung in Stettin unterstützt, um jenen meist guten Sehern, die sich mit komplizierten Arbeiten herum schlagen müssen, eine Aufbesserung zutommen zu lassen. Jedoch es werde Mißbrauch getrieben mit der Bestimmung, bei Vorkommen jedes Fremdwortes werde sie in Anspruch genommen. Redner will ebenfalls die Materie in § 22 berücksichtigen. Fremdwörter machten nur im schlecht geschriebenen Manuskript Schwierigkeiten. P. B. Raeter sieht dem Antrage fern, begreift ihn aber, da ihm im Schiedsgericht ebenfalls darauf bezüglich un-berechtigte Forderungen vorkamen; er schließt sich der proportionalen Normierung an. P. B. Kuzner glaubt, die Entschädigung sei bei gutem Manuskript nicht zu zahlen. G. B. Arend bemerkt, daß diese Bestimmung einem Uebel abhelfe, sie fülle Lücken aus und sei deshalb beizubehalten, wiewohl nicht zu bestreiten sei, daß sie zu Auseinandersetzungen führe; allein der darauf Anspruch habende Seher kann sich weitstens auf die Bestimmung berufen, wäre sie nicht vorhanden, dann würde er abgewiesen. G. B. Klaproth ist für einen Kommentar zum Tarif, der die Bestimmung präzisieren würde. Sonst seien die Prinzipale immer für die „Bereinbarung“ im Tarif, hier wollten sie spezialisieren. G. B. Riedel meint, daß die Schiedsgerichte zur Entscheidung unberechtigter Gehilfenforderungen da seien. Er erinnert an die in der Chemie vorkommenden Wörter von halben Feilen und mehr, die auch bei gutem Manuskript Aufenthalt erzeugen.

P. B. Raeter konstatiert, daßer nicht für Streichung, sondern für präzisere Fassung sei. P. B. Klinkhardt ist unbedingt dafür, daß für den wissenschaftlichen Satz etwas bestehen bleibt. Die Kommentierung würde eine Verbesserung bedeuten. Redner spricht sich schließlich für Beibehaltung der jetzigen Fassung aus. P. B. Hammer konstatiert, daß er mit der Ausmerzung der Bestimmung nicht die Bezahlung verschlechtern wolle, er hätte nur eine Abänderung gewünscht, aber bestände sich auch mit der jetzigen Fassung. Herr Kamm hält die Fassung für präzis. Darauf zog P. B. Raeter den Antrag, beauftragt von den Prinzipalen, zurück.

Bei dem Prinzipalsantrage zu § 6, betr. den gemischten Satz, spielte sich eine heitere Episode ab. P.-B. Friedrich legte dar, daß der Antrag nun auch volle Sätze und nicht nur Worte als gemischten Satz bezeichne und daher für die Prinzipale geradezu eine Verschlechterung involviere; er hat seine Kollegen, dagegen zu stimmen. Gleich darauf zogen die Prinzipalvertreter ihren Antrag zurück und die Gehilfen nahmen ihn unter allgemeiner Heiterkeit wieder auf. Sein Schicksal steht zur Zeit noch aus.

Die Spezialberatung zog sich derartig bis Mittag 1 1/2 Uhr hin, die Sitzung wurde hierauf bis 3 1/4 Uhr aufgehoben.

Vierte Sitzung. Beginn 3 1/4 Uhr nachmittags.

Vorsitzender: G.-B. Niedel.

Vorerst gibt G.-B. Niedel die Erklärung in der Angelegenheit Hesse & Weder ab, daß, da zehn Sezer wegen Arbeitsmangel gekündigt erhielten, sich die Maschinenmeister nicht für verpflichtet gehalten haben, Ueberstunden zu machen. P.-B. Hammer und Naeter entgegnete, daß es wohl vorkommen könne, Sezern kündigt zu werden, trotzdem die Maschinen die Arbeit in der zehnstündigen Arbeitszeit nicht bewältigen können. G.-B. Westek nimmt für die Gehilfen daselbe Recht in Anspruch, gegebenenfalls ebenfalls einmal rigoros handeln zu dürfen, wie die Prinzipale gegenwärtig sehr vielfach thun und gibt dabei von dem Verhalten letzterer einige Proben. Z. B. sei in Landsberg a. d. W. dem Personale von Schneider gekündigt worden, während hier in Leipzig über den Tarif beraten wird, auch sei von Berliner Prinzipalen jedem noch nach dem 1. Januar 1892 an der zehnstündigen Arbeitszeit festhaltenden Gehilfen eine Prämie von 50 Mt. zugesichert. P.-B. Naeter bestreitet, daß der Bund Berliner Buchdrucker seine Hand dabei im Spiele habe. Damit erklärt der Vorsitzende den Zwischenfall für erledigt.

Fortfahrend in der Beratung meint G.-B. Finkbeiner zu § 3 I, der von der Arbeitszeit handelt, daß wohl in der Generaldebatte alle Gründe angeführt seien, welche die Gehilfen zu der Stellung dieses Antrags bewegten: Die Konkurrenzverhältnisse anerkennend, hätten die Prinzipale alle Veranlassung, mit den Gehilfen gemeinsam für Besserung im Gewerbe zu sorgen, was nur durch Einführung des Tarifs geschehen könne. Früher hielt es schwer selbständig zu werden, heute sehen wir Leute Buchdruckerien errichten, die keine Ahnung von Satz und Druck hätten. Ein leichtes wäre es die Arbeitszeit zu verkürzen, nur müßten ähnliche Mittel wie die Statiner Resolution dieser Maßnahme zur Seite gestellt werden. P.-B. Naeter erklärt nochmals, daß bei einem Eingehen auf die Gehilfenforderung mehrere Rheinland-Westfalen entstehen würden. Aber angenommen, eine Minderheit der Tarifkommission stimme nur dafür, so wäre doch keine Garantie vorhanden, daß alle anderen Kreise dem auch Rechnung trügen, die Tarifkommission habe gar keine Exekutive. G.-B. Westek meint, da nach den Ausführungen Herrn Naeters die T.-B. keine Macht habe, so werde die Gehilfenschaft allein Sorge tragen dafür, daß die neunstündige Arbeitszeit Eingang finde. — Vor der Abstimmung über einen so schwerwiegenden Paragraph wünscht P.-B. Hammer noch einmalige Berlesung. — Geschieht.

Die Abstimmung erzielt Stimmengleichheit.

G.-B. Niedel erklärt, daß damit die Verhandlungen abgebrochen werden könnten, da dieselben bei der strikt ablehnenden Haltung der Prinzipale in Betreff der Minimalforderung der Gehilfen zwecklos erscheinen. G.-B. Klapproth wünscht die Verhandlungen zu unterbrechen, um beiden Teilen zur Verhandlung unter sich Gelegenheit zu geben.

Die Verhandlung wird demgemäß auf 1/2 Stunde unterbrochen und um 5 1/2 Uhr wieder aufgenommen. Vorsitzender G.-B. Niedel bittet mitzuteilen, ob die Herren Prinzipale auf ihrem ablehnenden Standpunkte betr. der Verkürzung der Arbeitszeit verharren. P.-B. Klinhardt erwidert, daß die Prinzipale Vorschläge erwarten und sich dann äußern werden. G.-B. Niedel erklärt, daß die Gehilfenvertreter es abgelehnt haben, Vorschläge zu machen. P.-B. Klinhardt erucht dennoch um Vorschläge, sie würden eingehend Berücksichtigung finden. G.-B. Niedel erklärt abermals, die Gehilfenvertreter seien nicht in der Lage dazu, ihre Anträge lägen vor, sie erwarten von den Prinzipalen Vorschläge. Um die Frage, welche Partei nun verpflichtet sei, Vorschläge zur Weiterberatung zu machen, zieht sich die Diskussion in kurzen Bemerkungen, zu denen die Herren Klinhardt, Westek, Arndt, Naeter, Niedel, Friedrich, Döblin, Kiefer, Klapproth, Ramm, Schliebs, Horstmann teilweise mehrmals das Wort ergreifen, eine geraume Weile hin, bis am Ende G.-B. Klapproth den Antrag unterbreitet, abermals die Verhandlungen zu vertagen und zwar bis zum nächsten Tage vormittags 9 Uhr. Die Parteien könnten sich inzwischen über das fernere Verhalten schlüssig werden. Dieser Antrag wird mit allen Prinzipals- und 3 Gehilfenstimmen angenommen und die Sitzung 6 1/4 Uhr abends aufgehoben.

In dem in voriger Nummer veröffentlichten Artikel „An das lesende Publikum“ hat sich ein unliebsamer Fehler eingeschlichen. Das Minimum des gewissigen Geldes für Berlin ist daselbst auf 22,63 Mt. angegeben, während dasselbe 25,63 Mt. beträgt. Obgleich jeder Buchdrucker diesen Fehler von selbst richtig gestellt haben dürfte, machen wir dennoch hier darauf aufmerksam und bitten vor eventuellem Abdruck des Artikels in der öffentlichen Presse eine diesbezügliche Korrektur vorzunehmen zu wollen.

Korrespondenzen.

g. Danzig, 1. Oktober. Zu einer am 27. September vom Vorstände des hiesigen Unterstützungsvereins (Gau Westpreußen) anberaumten Allgemeinen Versammlung waren sämtliche Buchdruckergehilfen Danzigs durch Zirkular eingeladen worden und einige sechzig Kollegen (darunter etwa zehn N.-B.) hatten der Einladung Folge geleistet. Um 11 1/2 Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden eröffnet, welcher zunächst die Herren Soult und Neumann aus Königsberg, die auf Einladung des hiesigen Vereins erschienen waren, der Versammlung vorstellte und im Namen derselben willkommen hieß, dann ein Dankschreiben der Witwe des Kollegen Schmel aus Marienburg für durch Sammlung gewährte Unterstützung verlas und nun zum ersten Punkte der Tagesordnung: Die jetzige Tarifbewegung, unsere Forderungen und Stellungnahme zu derselben, überging. Nach der Schilderung der früheren Buchdruckerverhältnisse vor Gründung des U. B. D. wies Referent auf das jetzt Erreichte hin, hob die geleisteten Unterstützungen hervor, ging näher auf die Schaffung des Tarifs und dessen Bedeutung, auf die vielfache Außerachtlassung seiner Bestimmungen auch von einem Teile der ihn anerkennenden Geschäfte ein und kam auf die von Seiten der Gehilfen aufgestellten Forderungen zu sprechen. Nach Beleuchtung der im Gau Westpreußen noch mehr als sonstwo unbegrenzten Lehrlingszucht, die am stärksten gerade von Nichtbuchdruckern, welche irgend ein Feuerzeug erworben, betrieben wird, woburh jährlich eine große Zahl ungenügend ausgebildeter junger Leute auf die Landstraße geworfen und die Zahl der Arbeitslosen eine immer stärkere wird, zeigte Referent die Notwendigkeit, daß hier unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. Es dürfe nicht jedem beliebigen sogenannten Buchdruckerbesitzer gestattet sein, unbedrängt junge Kräfte heranzuziehen, diese drei oder vier Jahre auszunutzen und mit einem Entlassungszettel dann laufen zu lassen. Was nützen alle Anerkennungen unserer Lehrlingsstafa von hoher Stelle (Minister v. Berlepsch), wenn dieselbe nicht staatlich aufrecht erhalten werde. Dazu komme noch die immer mehr um sich greifende Heranziehung der billigeren weiblichen Arbeitskräfte, wodurch die Schmutzkonkurrenz an Boden immer mehr gewinne. Hier müßten wir mit den einseitigen Prinzipalen Hand in Hand gehen und eine Besserung anstreben. Um das Heer der Arbeitslosen zu verringern, sei eben die Forderung „Verkürzung der Arbeitszeit“ aufgestellt, welche sowohl von sanitären wie sozialen Standpunkt aus begründet. Daß mit der Verkürzung eine Lohnerhöhung der berechnenden Gehilfen bedingt sei, wurde ebenfalls auseinandergesetzt. Zu diesen Forderungen sei aber das einmütige Eintreten aller Kollegen erforderlich und gerade in jetziger Zeit, in der es sich um unser aller Existenz handle, müßten auch die N.-B. sich den Bestrebungen anschließen. Es sei nicht sühlich, daß letztere uns den Kampf und die Opfer allein überließen, Errungenes aber auch für sich in Anspruch nähmen. Mit dem Hinweis, daß man uns Buchdrucker als die „Pioniere der Arbeiter“ bezeichne und wir deshalb auch in Danzig zeigen müßten, daß der Ausschluß nicht ungerechtfertigt sei, schloß Referent. — In der nun folgenden, recht lebhaften und anregenden Diskussion fanden namentlich die Ausführungen unserer Königsberger Gäste Zustimmung und allgemeinen Beifall. — Dem von einer Seite gemachten Vorwurfe, daß die N.-B. nicht mit dem wünschenswerten Entgegenkommen behandelt und deren Heranziehung nicht energisch genug bewirkt würde, wurde von verschiedenen Rednern energisch entgegengetreten. Mit Gewalt ließen sich diese Herren doch unmöglich zum Anschlusse bewegen, mehr, als dieselben zum gemeinschaftlichen Eintreten in die Bewegung kollegialisch auffordern und zu der Versammlung einladen, wie geschähen, könne man doch nicht thun. Ganz besondere Mühe den Herren zu erweisen nach all den bisher gemachten Erfahrungen, das sei zu viel verlangt. Bei allen Bewegungen seien die Betreffenden zum Empfangen gern bereit, aber zu Gegenseitigen nicht zu haben. Was hätten bei uns die Umstehen genügt? Wer jetzt noch den lodenden Flöten tönen einiger Prinzipale folge, solle sich später über die wohlverdienten Fußtritte nicht beklagen. Die Thatsache, daß noch immer „Auch-Kollegen“ da einpringen, wo andere — darunter häufig Familienväter — aus ihren Stellungen hinausgemärgelt sind — könnte am wenigsten zu ganz besonderem Entgegenkommen anregen.

Wer heute noch nicht wisse, was er sich und der Gesamtheit schuldig, der sei für uns verloren. — Die Notwendigkeit des Festhaltens an dem für Danzig schon seit 1873 bestimmten Lokalaufschlage von 10 Prozent, auf den wir noch vergebens harren, wurde von verschiedenen Rednern betont und zum Schlusse der Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Allgemeine Buchdrucker-Versammlung in Danzig erklärt einmütig, für die aufgestellten Forderungen: neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung der Grundposition, eintreten zu wollen; vor allem aber festzuhalten an dem für Danzig tarifmäßig bestimmten Lokalaufschlage von 10 Prozent. Der Vertreter unferes Tarifkreises ersucht der Gau Westpreußen, für die Tarifgemeinschaft bei den Kommissionsberatungen einzutreten.“ Der Vorsitzende betonte noch die Notwendigkeit, daß in jetziger Zeit jeder Buchdrucker über unsere Lage im Klaren sei; dies würde am besten durch Lesen unferes Organs, den Torr, erreicht; dies Blatt sei deshalb auf das angelegentlichste allen Kollegen empfohlen. Es erfolgte die Verteilung von Probenummern und einiger Protokolle der Generalversammlung. Aus der Mitte der Versammlung wurde den Königsberger Kollegen ein Hoch ausgebracht, wel es, ebenj wie das von Herrn Neumann auf unsern Schutz und Schirm, den U. B. ausgebrachte Hoch, kräftigen Widerhall fand. — Von den anwesenden N.-B. meldeten sich nach Schluß einige zum Beitritt. — Eine Partie nach Poppo und abends gemütliches Beisammensein bis zur erfolgten Abfahrt der Königsberger Kollegen bildeten den Schluß des anregenden Tages.

? Dresden, 5. Oktober. Wie allerorts in den großen Druckstädten wird auch hier für den bevorstehenden Tarifkampf durch Druckereiverfassungen, einzelne sowie kombinierte, fleißig vorgearbeitet. Tagtäglich finden deren zwei statt, denen je sechs Vorstandsmittglieder beiwohnen. Die bis jetzt abgehaltenen Druckereiverfassungen zeitigten hoch erfreuliche Ergebnisse: In allen nahezu vollzähliger Besuch — auch die Nichtmitglieder erschienen — und fast einstimmig verpflichteten sich die Kollegen in namentlicher Abstimmung, zu gegebener Zeit für die Gehilfenforderungen, vor allem für die Verkürzung der Arbeitszeit, mit allem Nachdruck einzutreten bzw. den Besington der Gehilfenbehörden nachzukommen. Die noch abzuhaltenen Versammlungen lassen ein gleich günstiges Ergebnis erwarten und so steht zu hoffen, daß die hiesige Kollegenschaft sich in der bevorstehenden Bewegung als ein würdiges Glied der deutschen Gehilfenschaft erweisen wird. Einen weiteren Beweis hierfür werden die hiesigen Kollegen nächsten Freitag (9. d. M.) erbringen, an welchem Tage die Druckereiverfassungen ihren Abschluß in einer Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung finden werden. Zu dieser Versammlung wird Herr Niedel-Leipzig als Referent erscheinen; es muß sich ein jeder einfinden, der voll und ganz zur Gehilfenschaft hält; keiner lasse sich die Gelegenheit entgehen, beweisen zu können, wie vollständig er den Ernst der Lage begriffen hat und wie fest er entschlossen ist, am entsprechenden Zeitpunkte dem Worte die Tat folgen zu lassen. Mann an Mann stehe die Gehilfenschaft — und die Prinzipale werden einer solchen Einmütigkeit weichen müssen! — Gleichzeitig sei eine weitere ermutigende Nachricht bekannt gegeben: Die am vorigen Sonntag abgehaltene Hauptversammlung des Gauvereins Dresden, welche mit Ausnahme von fünf Orten, in denen nur je ein Mitglied steht, aus allen Gau-druckorten besetzt war, nahm nach äußerst anregender, eingehender Beratung in namentlicher Abstimmung bei einer Stimmenthaltung einstimmig folgende Resolution an: „Die heute im Stadtwaldschloßchen zu Dresden tagende Hauptversammlung des Gauvereins Dresden erklärt, trotz der ablehnenden Haltung der Prinzipale, an der Hauptforderung der gegenwärtigen Tarifbewegung, der Verkürzung der Arbeitszeit, festzuhalten und dieselbe mit aller Macht, unter Berücksichtigung der geschickten Vorarbeiten, zur Durchführung zu bringen. Sie ermahnt von jedem einzelnen ihrer Mandatgeber, daß, sobald die Tarifkommission resultlos auseinandergeht und von den maßgebenden Gehilfenorganen bestimmte Besington erlassen werden, dieselben einmütig und pünktlich befolgt werden.“ Ein erfreuliches Zeichen zugleich aus der Provinz! Hoffentlich spiegelt die Haltung der Provinzvertreter am Dresdener Gantage die der gesamten deutschen Provinzkollegen wider! Ausführlicher Gantagsbericht folgt demnächst.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Unfälle der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft (Fortsetzung). Der 68 1/2 Jahre alte Maschinenmeister D. in Leipzig erlitt beim Wegwischen eines Fußens von der Form eine Verletzung der Muskeln, Nerven und Gelenke der rechten Hand, welche vollständig Steifheit der Finger und Handgelenke sowie Schmerzgefühl bei Bewegung des Armes zur Folge hatte. Vohn

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 118. — Freitag den 9. Oktober 1891.

1393,22 Mt., Rente für volle Erwerbsfähigkeit 928,80 Mt. jährlich. — Der Lehrling B. in Magdeburg kam auf einer Treppe zu Fall und erlitt eine Quetschung des linken Ellbogengelenkes mit nachfolgender teilweiser Lähmung desselben. Lohn 600 Mt., 15prozentige Rente = 60 Mt., welche für die Dauer eines Jahres zu gewähren war. — Der Arbeiter S. in Berlin geriet beim Versuch, einen schiefe angelegten Bogen herauszuziehen, mit der linken Hand zwischen Zahnstange und Fundament einer Schindertretmaschine und erlitt einen Bruch der Mittelhand, infolgedessen der 3., 4. und 5. Finger in Beugstellung gelähmt verblieben. Rente anfangs voll, dann $\frac{1}{2}$ = 194,70 Mt. jährlich.

Die Zahl der Buchhandlungen ist von 5970 in 1394 Städten in 1881 auf 7660 in 1647 Städten in 1890 gestiegen. In Deutschland gab es 1881 996 Städte, 1890 1164 Städte mit Buchhandlungen. Deutsche Buchhandlungen bestanden 1881 4567, 1890 5884. Es wurden verlegt: in Leipzig 1881 2452 Bücher, 1890 3122, im übrigen Deutschland 1881 9895, 1890 12179, im Ausland 1881 2593, 1890 2750. Ausgeführt an Büchern wurden nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika: 1889 für 397 535, 1890 431 153 Dollars. Nach dem Oriente wurden ausgeführt 1888 55 922, 1889 63 124, 1890 128 620 Bücher.

Die Schriftgießerei Bern hat am 1. Oktober ihren Betrieb eingestellt.

In Lüttich stellten die Gezer der Buchdruckerei Godenne die Arbeit ein. Der Gewerbe- und Arbeitsrat versuchte eine Einigung, aber erfolglos.

Presse und Literatur.

Die Grenzboten, in Leipzig erscheinend, feierten mit dem neuesten Heft, ihr 50jähriges Bestehen.

Seit dem 1. Oktober erscheint in Branderburg a. S. eine neue täglich erscheinende Zeitung freisinniger Richtung unter dem Titel Deutscher Reichsfreund. Es ist dies die dritte täglich erscheinende Zeitung am Orte. Dieselbe wird leider von sehr „billigen Leuten“ hergestellt. Maximum 15 Mt.

Der Lokalredakteur der Danziger Zeitung beleuchtete ein vom Landrat G. herausgegebenes Flugblatt, die Ueberschwemmung betr., wodurch sich der letztere beleidigt fühlte. Das angerufene Gericht erkannte auf 100 Mt. Geldstrafe.

Die Sächsl. Arbeiter-Zeitung machte in Bezug auf den Hochthier Militärverein eine ganz harmlose Bemerkung, die den Vorstand desselben zu einer Klage veranlaßte und zwar mit dem Erfolge, daß der besagte Redakteur zu 30 Mt. Geldstrafe verurteilt wurde.

Der Redakteur des Pariser Intransigeant wurde wegen Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit in einem Artikel von Rochefort zu 1 Monat Gefängnis und 2000 Fr. Geldbuße verurteilt.

Industrie und Gewerbe.

Mit dem 1. Oktober treten die neuen Bestimmungen in Kraft, welche in der Gewerbeordnungs-Novelle über das Fortbildungsschulwesen getroffen sind. Von diesem Tag ab gelten die bisher nicht dem Gesetz unterstellten Anstalten, in welchen Unterricht in weiblichen Hand- und Hausarbeiten erteilt wird, als Fortbildungsschulen im Sinne der neuen Vorschriften. Gemeinden und weitere Kommunalverbände können für sie zwar nicht, wie für die übrigen Schulen, die Verpflichtung zum Besuche seitens der Schüler unter 18 Jahren durch Statut aussprechen, im übrigen treffen aber auf sie alle Vorschriften der Gewerbeordnungs-Novelle, vornehmlich die über die Unterrichtszeit am Sonntage, zu. Die Gewerbeunternehmer werden vom 1. Oktober ab verpflichtet sein, auch den die Hand- und Hausarbeitschulen besuchenden Arbeiterinnen unter 18 Jahren die eventuell von der zuständigen Behörde festgesetzte Zeit zum Schulbesuch zu gewähren.

Die Griffschleiferbrüche in Meiningen, die an Unternehmer verpackt waren, hat, wie wir seinerzeit mitteilten, der Staat übernommen, damit aber bis jetzt wenig Geschäfte gemacht, da er von den geleisteten 90 Mill. Griffschl. 60 Mill. auf Lager behielt. Zunächst ist — der Privatkonturrenz halber — der Preis um 20 Prozent herabgesetzt und ferner die Produktion beschränkt worden. Infolge dieser letzteren Maßregel verdient eine Griffschleiferfamilie nur 14 Mt. die Woche, ein Lohn, der sicherlich hinreicht, die Leute für die Dauer über Wasser zu halten. Für diesen Lohn hat jede Familie 20 000 Griffschl zu liefern; die Gesamtproduktion beträgt 1 Mill. pro Arbeitstag. Die Vereinigten Glasbüttenwerke Ottenen haben die im vorigen Herbst veranstaltete Aussperkung

ihrer Arbeiter ziemlich hoch bezahlen müssen: Der letzte Jahresabluß weist eine Unterbilanz von 314 628 Mt. auf.

Eine vom Vorstände des Thüringischen Städteverbandes veranstaltete Umfrage hat das Ergebnis geliefert, daß in 35 Thüringischen Städten ein gewerbliches Schiedsgericht weder errichtet noch überhaupt geplant ist und zwar fast überall deshalb, weil angeblich ein Bedürfnis nicht vorhanden sei.

Der schweizer Bundesrat hat die eidgenössischen Fabrikinspektoren Dr. med. Schuler in Mollis (Glarus) und Rauschenbach in Schaffhausen beauftragt, die Fabriken der bedeutendsten Industriezentren von Mittel- und Süddeutschland zu besuchen, um daselbst die zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter bestehenden Schutzvorrichtungen zu studieren. Die beiden Herren werden etwa drei Wochen in Deutschland zubringen und der Reife nach folgende Industrie- und Fabrikorte besuchen: Saarbrücken (Bergwerke), Neunkirchen (Güntenwerte Stumm), Weilsch, Müren, Naden, Münden-Glabach, Effen (Krupp), Witten, Warmen, Elberfeld, Köln, Biebrich, Höchst a. M., Frankfurt a. M.

Arbeiterbewegung.

Am 25. Oktober findet in Berlin eine Konferenz der Konfektionschneider Deutschlands statt, anfangs Dezember ein Kongreß der Arbeiter der Glas-, Porzellan- und Thonindustrie Oesterreichs in Steinbüchsenau.

Die Tischler in Leipzig beabsichtigen, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen.

Eisenbahnarbeiter in Duedlinburg verlangten für Nacharbeit 36 Pf. die Stunde. Daraufhin wurden die „Rädelsführer“ entlassen, während die übrigen Arbeiter selbst gingen. Nun holte sich der Unternehmer solche aus Schlesien und zahlte diesen die Stunde 40 und 50 Pf.

Der Streik der Zimmerleute in Genf dauert fort. Die Regierungsbehörde berief Vertreter der Unternehmer und Arbeiter, es kam eine Einigung zu Stande, die von einer Meisterversammlung genehmigt werden sollte, aber die Versammlung wurde nicht einberufen. So sind denn noch 150 Mann zu unterstützen, 50 sind abgereist.

In Bukarest streiken die Sattler einer Fabrik. In Boston streiken die Bildhauer seit 30 Wochen. Vor dem Streik waren 300 Mann beschäftigt, jetzt nur noch 85.

Briefkasten.

S. in Olag: Uns nicht bekannt. Fragen Sie in Offen bei Wilhelm an. — St. in St. Gallen: Bei Einwendung von 1,05 Mt. franco. — W. in Gossau: Senden Sie den Betrag ein, Nachnahme zu teuer. — Sch. in Appeln: Der angezeigte Betrag ist bis jetzt nicht eingetroffen. — F. in Chemnitz: 2,20 Mt. — U. in Berlin: 2,50 Mt.

Vereinsnachrichten.

Antersfüngsverein Deutscher Buchdrucker.

Bayern. Das Mitglied Elestin Rawis, früher in Cham, wird aufgefordert, seine Adresse umgehend an Julius Panke, München, Marsstr. 34, III, gelangen zu lassen, widrigenfalls Ausschluß aus dem U. B. erfolgt.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 14. Oktober, punkt 9 Uhr abends, Vereinsversammlung in Driehels Salon, Sebastiansstraße 39. T.-D.: 1. Vereinsnachrichten; 2. Tarifangelegenheiten; 3. Mitteilungen der Stiftungsfest-Kommission und Geldbewilligung für dieselbe; 4. Festsetzung der Gehälter für die Verwalter, der Hilfskraft und des Vereinsboten; 5. Fragekasten.

Berein Leipziger Buchdruckergehilfen. (Gauverein Leipzigs.) Bewegungsfesttag des 27. Sept. bis 3. Okt. 1891. Mitgliederstand 2081, neu eingetreten 14, zugereist 6, vom Militär 9, abgereist 4, ausgestreut 5, ausgeschloffen —, zum Militär 1, gestorben —, invalide —, Patienten 86, erwerbsfähige Patienten 4, Konditionslose 113, Invaliden 53, Witwen 101.

Bezirk Gera. Konditionsangebote der Druckereien Stier & am Ende in Gera und Seyboth in Eisenberg (Sachsl.-Altenburg) sind mit Vorzicht aufzunehmen. Anfragen wolle man an Paul Geißler, Gera, Leipziger Str. 35, richten.

Magdeburg. Bei Konditionsanerbietungen wolle man, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, Erläuterungen einholen vom Vertrauensmanne Franz Bethge, Magdeburger-Werder, Gartenstr. 7.

Zittau. Sonntag den 11. Oktober, nachm. 2 Uhr, im Brauhaus-Restaurant: Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Referenten: Heyde und Steinbrück-Dresden.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Berlin die Gezer 1. Otto Heilmann, geb. in Berlin 1865, ausgel. daselbst 1886; 2. Richard Schütter, geb. in Berlin 1872, ausgel. daselbst 1891; 3. Reinhold Klaf, geb. in Sensburg 1869, ausgel. in Bohlau 1888; 4. Carl Schmidt, geb. in Neusalz a. D. 1872, ausgel. in Berlin 1891; 5. Paul Blumenthal, geb. in Berlin 1861, ausgel. daselbst 1880; 6. Carl Karlinnis, geb. in Gumbinnen 1863, ausgel. daselbst 1883; 7. Herm. Franm, geb. in Zielzig 1870, ausgel. in Berlin 1888; 8. Felix Bohmann, geb. in Neuföhnefeld 1872, ausgel. in Leipzig 1890; 9. Arthur Nabecker, geb. in Gräferei Neife 1869, ausgel. in Hofel 1887; 10. Albert Wählbid, geb. in Berlin 1872, ausgel. daselbst 1890; 11. Franz Langner, geb. in Neurode 1867, ausgel. daselbst 1887; 12. Alfred Vogl, geb. in Engelhaus b. Karlsbad 1873, ausgel. in Komotau 1890; 13. Paul Dietrich, geb. in Berlin 1870, ausgel. daselbst 1888; 14. Georg Fischer, geb. in Berlin 1870, ausgel. daselbst 1889; 15. Emil Jrggang, geb. in Rißit 1853, ausgel. daselbst 1873; 16. Waldemar Luttermann, geb. in Spandau 1843, ausgel. in Berlin 1863; 17. Georg Destrreich, geb. in Rixen 1871, ausgel. in Birnbaum 1890; 18. Wilh. Seidler, geb. in Ermesleben 1867, ausgel. daselbst 1885; 19. Eugen Schütz, geb. in Hohenboka 1863, ausgel. in Warth 1882; 20. Otto Schumann, geb. in Soldin 1866, ausgel. daselbst 1885; 21. Eduard Krakow, geb. in Götlin 1873, ausgel. in Berlin 1890; 22. Albert Scholz, geb. in Finsterwalde 1868, ausgel. in Berlin 1886; 23. Otto Wolff, geb. in Stargard 1871, ausgel. in Frankfurt a. D. 1891; die Drucker 24. Rich. Geier, geb. in Magdeburg 1848, ausgel. in Berlin 1877; 25. Friedrich Dahms, geb. in Berlin 1871, ausgel. daselbst 1889; 26. Fritz Lüch, geb. in Berlin 1872, ausgeleert daselbst 1891; die Geßer Oskar Krzajet, geb. in Berlin 1873, ausgel. daselbst 1891; 28. Jfidor Herzog, geb. in Mittelsteine 1835, ausgel. in Berlin; 29. Gustav Müller, geb. in Berlin 1872, ausgel. daselbst 1891; 30. Carl Schelenz, geb. in Grünigen 1849, ausgel. in Berlin; 31. Wilhelm Schulz, geb. in Friedeberg U.-M. 1861, ausgel. in Berlin; 32. Wilhelm Bander, geb. in Müßen 1849, ausgel. in Berlin; 33. Max Tapernon, geb. in Berlin 1872, ausgel. daselbst 1891; waren noch nicht Mitglieder; die Gezer 34. Bruno Schilling, geb. in Naumburg a. S. 1868, ausgel. daselbst 1886; 35. Theod. Kramer, geb. in Dülmen 1852, ausgel. in Burgsteinfurt 1871; 36. Adolf Wassenheimer, geb. in Stuttgart 1860, ausgel. daselbst 1879; 37. Fritz Dachow, geb. in Perleberg 1866, ausgel. daselbst 1884; 38. Adolf Fritzsche, geb. in Berlin 1862, ausgel. daselbst 1879; 39. Fritz Kutzek, geb. in Züllichau 1869, ausgel. in Steinau a. D. 1888; 40. Carl Muschner, geb. in Jaroschin 1862, ausgel. in Pleschen 1880; 41. Richard Pfeiffer, geb. in Berlin 1844, ausgel. daselbst 1864; 42. Aug. Dame-rov, geb. in Berlin 1860, ausgel. daselbst 1882; 43. Leo Müller, geb. in Sedow 1864, ausgeleert daselbst 1884; 44. Oskar Koeber, geb. in Berlin 1854, ausgel. daselbst 1873; 45. Julius Freytrag, geb. in Welnau 1843, ausgel. in Protoschin 1863; 46. Hermann Wehner, geb. in Berlin 1855, ausgel. daselbst 1874; 47. Ernst Gottschalk, geb. in Angermünde 1858, ausgeleert daselbst 1877; die Drucker 48. Karl Ermler, geb. in Berlin 1860, ausgel. daselbst 1879; 49. Karl Jensen, geb. in Kopenhagen 1858, ausgel. in Leipzig 1876; 50. Max Haberland, geb. in Elbing 1869, ausgel. in Berlin 1889; die Geßer 51. Gust. Schwach, geb. in Hamburg 1861, ausgel. daselbst 1879; 52. Otto Rommel, geb. in Leipzig 1869, ausgel. daselbst 1888; 53. Heinrich Mübide, geb. in Erfurt 1837, ausgel. daselbst 1859; waren schon Mitglieder; die Gezer 54. Robert Klauer, geb. in Berlin 1870, ausgel. daselbst 1888; 55. Paul Ludwig, geb. in Graudenz 1869, ausgel. daselbst 1888; 56. Albert Oldenburg, geb. in Dietersdorf

1873, ausgel. in Fallenburg 1891; 57. Max Neusch, geb. in Berlin 1873, ausgebildet daselbst 1891; 58. Karl Seher, geb. in Berlin 1861, ausgel. daselbst 1880; 59. Otto Stodt, geb. in Berlin 1873, ausgel. daselbst 1891; 60. Max Ubricht, geb. in Seiffen bei Sayda 1871, ausgel. in Frauenstein 1891; 61. Josef Waltherr, geb. in Köln a. Rh. 1868, ausgebildet daselbst 1887; waren noch nicht Mitglieder: — Frz. Stolle, SW., Dranienstr. 126, II.

Zu Neustadt a. S. der Seher Emil Muelisch, geb. in Saarlouis 1870, ausgel. in Zell a. d. Mosel 1889; war noch nicht Mitglied. — S. Arnolds in Neustadt a. S., Altendruckerei.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Dem Seher Max Gröber aus Bildehingen (Württemberg 344) sind 8 Reisetage, dem Seher Jean Groß aus Frankfurt a. M. (Frankfurt-Hessen 192) sind 6 Reisetage nachzuschlagen. Ueber die Erledigung dieser Notiz ist in den Quittungsbüchern eine dahingehende Bemerkung zu machen.
Magdeburg. Der Seher Hugo Schulze aus Kottbus, welcher von hier ohne Buch abreiste, wird aufgefordert, unverzüglich seine Adresse behufs Regelung der Vereinsangelegenheiten dem Unterzeichneten mitzutheilen, widrigenfalls der Ausschluß beantragt wird. Paul Rühlke, Altes Fischerufer 30/31.

Central-Invalidentasse.

Dem Seher Karl Buhmann aus Ahlfeld muß bei der Abreise im Gau Hannover eine falsche Inv.-K.-Nummer in das Quittungsbuch eingetragen worden sein, denn es wurden unter Nr. 2408 (welche Rob. Frost aus Helmstedt inne hat) Beiträge für ihn abgeführt. Die richtige Nr. von Buhmann ist 15 699. Die Herren Verwalter usw. werden gebeten, letztere Nr. in das Quittungsbuch einzutragen resp. dahin abzuändern. — Um Einleitung des Quittungsbuches von Jakob Jeremias Nispel aus Bürgel (20630) ersucht der Unterzeichnete.
Stuttgart, Merzstraße 5a. F. Arndts.

☞ Dreispaltige Zeile 25 Pf., Angebote und Gesuche von Stellen sowie Veranlassungs-Anzeigen die Zeile 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Beitrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarkt beizufügen. — Auflage a. S. 6800. ☞

Buchdruckerei-Einrichtungen

mit den praktischsten Maschinen, Schriften, Utensilien usw. liefert, gewissenhaft zusammengestellt ohne jede Verschwendung, in kürzester Zeit und bei bekannter reeller Bedienung das Polyr. Magazin

Paul Härtel, Maschinenwerkstatt u. Fachschlerei, Leipzig, Inselstr. 8.

Eine kl. Buchdruckerei mit Blattverlag ist wegen Fachkenntnis des Besitzers billig zu verkaufen. Näheres beim Kaufmann Hugo Köhler in Falkenstein i. B. [88]

Eine absolut sichere Existenz

erwirbt sich ein tüchtiger Buchdrucker durch Kauf einer flottgehenden kleinen Accidenzdruckerei in einer lebhaften Provinzialstadt Norddeutschlands, mit welcher der Verlag eines wöchentlich dreimal ersch. Blattes verbunden ist. Das Blatt, welches etwa 6 Jahre besteht, hat durchschnittlich etwa 400 Abonnenten und wird z. B. halbjährig bezogen; der Gesamtumsatz beträgt jährlich 7000 bis 8000 Mk., Reingewinn (bei Mitarbeit) etwa 3000 bis 3500 Mk. Kaufpreis 8000 Mk. bei 5000 bis 6000 Mk. Anzahlung und äußerst bequemen Abzahlungen; bei Barzahlung 7500 Mk. Offerten vermittelt unter Nr. 105 die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein Maschinenmeister

tüchtig und erfahren in der Herstellung besserer Arbeiten, findet bei uns bald dauernde Stelle. Bewerber im Alter von nicht unter 24 Jahren wollen ihren Offerten Zeugnisabschriften beifügen und Gehaltsansprüche angeben. [104]

Förster & Dorries, Bwidau i. S.

Gesucht

noch ein tüchtiger Höfepöbler zu sofortigem Eintritte. Schriftgießerei Otto Weisert, Stuttgart. [78]

Ein tüchtiger

Korrektor

der deutschen und englischen Sprache mächtig, sucht Stelle in einer größern Offizin.

Derselbe ist 34 Jahre alt, als Seher ausgebildet und war während der letzten 9 Jahre Leiter einer Druckerei. Sein Studiengang befähigt ihn, auch Korrekturen in lateinischer, griechischer und französischer Sprache zu lesen. Werte. Offerten an Haasenstein & Vogler, N.-S., Mannheim, unter Chiffre S. 61898b [73]

Tüchtiger, in allen Saharten bewandeter

Accidenzseker

sucht baldigst angenehme Stellung. Offerten erb. an W. Tillmann, Bochum, Westf., Südbellweg 14. [107]

Junger, tüchtiger Schriftseker

(B.-M.), an der Maschine nicht unerfahren, sucht für 1. November dauernde Stelle. Offerten an S. Wörschert, Schriftseker, Neubredlach (Elsass). [108]

Schriftseker

(event. als Schweizerdegen), verh., 28 Jahre alt, sucht dauernde Stellung. Offerten unter R. 84 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Accidenz- und Annoncenseker

sucht sofort dauernde Stelle, event. auch als Metteur. Offerten unter O. L. 10 postlagernd Berlin, Postamt 37, erbeten. [98]

Ein junger solider

Schriftseker

sucht dauernde Stellung. Offerten erbeten an Joh. Schmidt in Allenstein, Färbergasse. [96]

Ein tüchtiger, verheirateter

Maschinenmeister

sucht sofort Stellung Werte Off. unter Maschinenmeister postlagernd Speier a. Rhein erbeten. [100]

Verlag von Alexander Waldow, Leipzig.

Die Zurichtung und der Druck von Illustrationen. Ein Leitfadens für Maschinenmeister u. Drucker. Herausgegeben von H. Künzel (A. Waldow). 2. Aufl. Prachtausgabe. 5 Bogen gr. Quart mit 16 Kunstbeilagen in allen Manieren, Titeln und Schmutztiteln in Ton-, Gold- und Farbendruck. Preis 5 Mark, elegant gebunden 7,70 Mark.

Hilfsbuch für Maschinenmeister an Buchdruckschnellpressen. Herausgegeben von Alexander Waldow. I. Teil. Leitfaden für das Studium der verschiedenen Schnellpressen - Konstruktionen sowie für das spezielle Studium der einzelnen Teile der Zylinderschnellpresse und deren Behandlung vor, während und nach dem Drucke. Belehrung über Zylinderanzug, Mischung und Guss der Walzenmasse und Behandlung der Walzen. — Alle neuen bewährten Konstruktionen und Erfindungen auf dem Gebiete des Schnellpressenbaues fanden Berücksichtigung. Preis broch. 4 Mk., geb. 5,25 Mk. II. Teil. Leitfaden für das Formatmachen, Schliessen, Einheben, Zurichten u. Drucken von Formen aller Art u. die dabei vorkommenden Vorfälle (Schmitzen usw.) wie für die Behandlung des Papierses usw. Preis broch. 2 Mk., geb. 3 Mk. [1]

Bestellungen erbitte per Buchhandel od. direkt per Post-einzahlung, da ich unter Nachnahme nicht expediere.

Leitfaden für die Papier-Stereotypie. Von Franz Franke. Preis 1 Mk. 6 Exempl. u. mehr à 50 Pf. Ueber Fabrication der Walzenmasse und Guss der Walzen. Von Franz Franke. 25 Pf. 6 Expl. 1 Mk. **Gutenberg-Haus Franz Franke,** Berlin W 41.

J. D. Trennert & Sohn
Schriftgießerei und Buchdruck- Utensilien-Handlung
Altona-Hamburg
liefern kompl. Buchdrucker- Einrichtungen.
General-Vertreter der
Schnellpr.-Fabrik v. Bohn & Herber
in Würzburg.

Ein tücht. Werkseker

23 Jahre alt, sucht bis zum 26. Oktober dauernde Kondition in Süddeutschland oder der Rheinprovinz. Offerten sind unter F. 27 postl. Einsiedeln (Schweiz) erbeten. [103]

Suche als

Wert- oder Zeitungseker

sosort Kondition. Offerten an Alfred Kühnstedt Gasthaus zum Alten Fritsch Bandau (Pfalz). [101]

Zwei junge, korrekte

Schriftseker

suchen baldigst Kondition. Offerten erbeten an Otto Settegast, Torgau, Kaffeehaus. [106]

Ein junger, solider

Maschinenmeister

militärfrei, tüchtig im Wert-, Accidenz-, Zeitungs- und Farbendruck, auch m. d. Tiegeldruckpresse u. d. Deuzer Motor vertraut, sucht dauernde Kondition. Offerten unter A. Z. R. 87 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Restaurant zum Landhaer Thor

Leipzig, Neuere Landhaer Straße 4.

Sonntag den 11. Oktober

Großes Prämienausstellung.

Erster Preis: Ein Regulator.

Correspondent und Reform liegen aus. [102]

Um gütigen Besuch bittet Karl Reinhold.

Restaurant Parade-Garten, Berlin

am Tempelhofer Felde, hinter der Bodbrauerei.

Jeden Sonntag großes Künstler-Konzert bei freiem Entree in den neu decorierten Sälen. Außerdem empfehle ich eine reichhaltige Auswahl von warmen und kalten Speisen, den berühmten Ziegenkäse und Eisbein mit Sauerkohl (Spezialität) sowie einen echten alten schlesischen Korn nebst ff. Biere. Hochachtungsvoll W. Uhlr. [109]

Meinen werten Bekannten und Freunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Lokal von Flemmingstr. 6 nach **Zimmerstraße 37, part.** verlegt habe. [110]

Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen meinen verbindlichsten Dank sagend, bitte ich, mir daselbe auch ferner bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll

Berlin. S. Budlik.

Stelle besetzt. Den zahlreichen Bewerbern besten Dank. W. Leddin, Ziefar. [99]

Breslau.

Sonntag den 11. Oktober, mittags punkt 12 Uhr:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung

im großen Saale des Kasino, Neue Gasse.

Tagesordnung:

Berichterstattung über die Verhandlungen der Tariffkommission in Leipzig. [111]